

10. Mai 2015

CHF 4.40 | EUR 4.20
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 19 | 27. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr: 0800 808 014

Länger leben

Wie viele Stunden Sport
es wirklich braucht

Wissen — 60

Geschlechterkampf

Der Streit um
tiefgefrorene Embryos

Gesellschaft — 49

GC-Chaos

Mit dubiosen
Zahlen zur Lizenz

Sport — 27

 **21° Mittelland** Am Morgen noch Wolkenfelder, die sich aber rasch verziehen. Sonne an Muttertag.

 **18° Alpen** Im Tagesverlauf nehmen die Restwolken immer mehr ab. Die Sonne übernimmt.

 **25° Tessin** Sonnig und meist wolkenlos. In den Tälern etwas Nordföhn.



Markwalder verriet Geheimnisse aus Kommission an Kasachstan

Dokumente der FDP-Nationalrätin bei umstrittenem kasachischen Politiker aufgetaucht

Adrian Schulthess und Denis von Burg

Bern FDP-Nationalrätin Christa Markwalder hat Unterlagen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) weitergegeben und damit wohl gegen das Kommissionsgeheimnis verstossen. Russische Übersetzungen der Dokumente sind Teil der E-Mails des kasachischen Politikers Asat Peruaschew, die

Unbekannte ins Netz gestellt haben. Eines der Papiere trägt den Briefkopf des EDA. Es geht darin um den Stand des Verfahrens gegen einen kasachischen Oppositionellen, der im Genfer Exil lebt. Markwalder gibt zu, die Unterlagen mit der Burson-Marsteller-Lobbyistin Marie-Louise Baumann «geteilt» zu haben. Dass die Dokumente nach Kasachstan weitergeleitet wurden, findet Mark-

walder «enttäuschend und unprofessionell». Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Markwalder eine Interpellation eingereicht hatte, die teilweise in Kasachstan verfasst worden ist. Baumann stellte Peruaschew dafür über 7000 Franken in Rechnung.

Jetzt muss die Berner FDP-Frau um ihr Nationalratspräsidium fürchten. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz sagt: «Noch gilt

die Unschuldsvermutung. Bestätigt sich aber die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses, kommt Markwalder für das Präsidium nicht mehr infrage.» Mit einer Anzeige wegen «Vorteilnahme im Amt» konfrontiert, sieht sich Nationalrat Walter Müller, ein Parteikollege Markwalders. Er hatte sich von Peruaschew zu einer Reise nach Kasachstan einladen lassen. **Schweiz — 2/3**

Fünf Staatsanwälte des Bundes müssen gehen

Bern Wegen fehlender Leistung müssen bei der Bundesanwaltschaft fünf der höchsten Ermittler ihre Posten räumen. Bundesanwalt Michael Lauber hat die Staatsanwälte vergangene Woche darüber informiert, dass er ihre Verträge nicht erneuert. **Schweiz — 10**

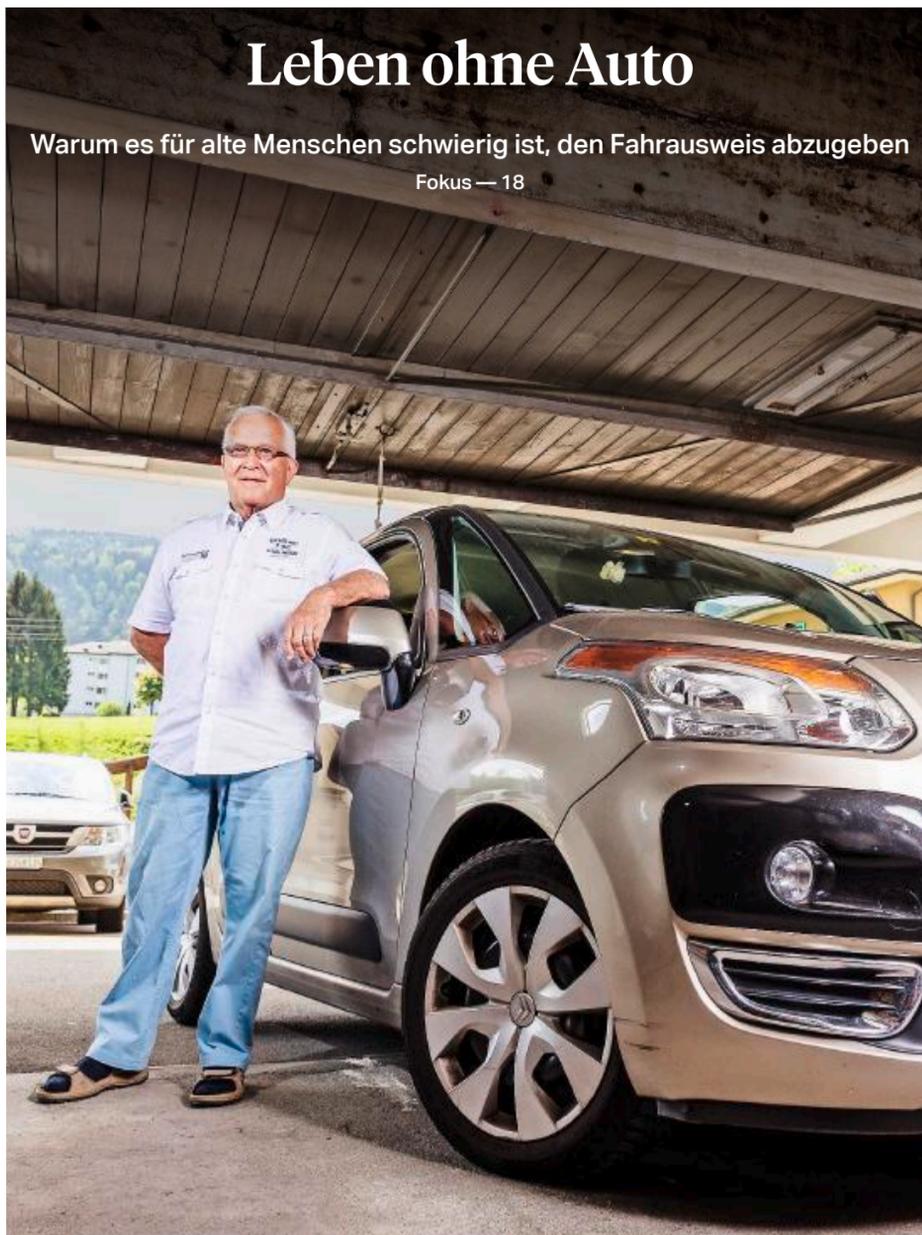
Glosse

P.S. #regrettingmothersday

Tausende Mutterschaftsbetroffene haben ein Tabu gebrochen: die Mutterschaft. Schon im Kindergarten lernen wir Frauen bekanntlich, dass Mutterschaft das höchste Glück auf Erden sei. Auch der Lehrplan 21 sieht dafür mindestens vier Wochenlektionen bis zur Oberstufe vor – auf Kosten der MINT-Fächer. Das bleibt nicht ohne Folgen: Immer mehr Mädchen werden bereits als Teenager Mutter und studieren anschliessend Selbstverwirklichung. Die meisten werden dabei immer jünger. So auch Penelope F., 39. Schon im Alter von 28 Jahren war sie kein Einzelfall mehr, sondern hatte bereits vier (4) Kinder geboren; ein Ende schien nicht abzusehen. Bis sie begann, sich unter dem Hashtag #regrettingmotherhood die Öffentlichkeit für ihr Problem zu sensibilisieren.

Jetzt melden sich ihre Kinder zu Wort. Cholera, 11, die Zwillinge Scylla, 10, und Charybdis, 9, sowie ihr Jüngster, Adolf, 8, beschlossen, ihre Version der Geschichte zu erzählen. Unter #regrettingmothersday rufen sie ihre Gspäändli dazu auf, den heutigen Muttertag in einen «Shitstorm der Dankbarkeit» zu verwandeln. Sie empfehlen, die Mütter am heutigen «Ehrentag» mit ganz besonderen Geschenken zu «überraschen»: selbst gebastelte Gutscheine für ein gemeinsames Mutterkuchenbacken, Armbänder aus geflochtenen Nabelschnüren, überdimensionierte Klopapierrollenskulpturen in Herzform. Wer etwas tiefer in die Taschengeldkassette greifen möchte, könne auch sein Jugendsparheft für eine Eierstockentfernung drangeben. **Peter Schneider**

Wetter — 36 | Horoskop — 59 | TV-Programm — 66



Leben ohne Auto

Warum es für alte Menschen schwierig ist, den Fahrausweis abzugeben

Fokus — 18

Autofahrer Kurt Lötscher, 79, aus Kriens LU: Loslassen kommt noch nicht infrage

Foto: Stefano Schreoter

Mit Stil das Fernweh stillen



Das Stil-Magazin «encore!» widmet sich dem Thema Reisen. Der Waadtländer Segler Steve Ravussin erklärt die Faszination einer Schiffstour um die Welt und warum er an Bord auf Bolognese-Sauce schwört. Ausserdem: 10 Hotels mit Vergangenheit und Accessoires für die Sommerferien. **Beilage — 40 Seiten**

Franken treibt Zehntausende in Kurzarbeit

Bern Seit der Aufgabe des Franken-Mindestkurses haben in den sechs Kantonen Aargau, Bern, Baselland, St. Gallen, Thurgau und Zürich rund 650 Betriebe für über 10000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet. In der ganzen Schweiz dürften hochgerechnet für bis zu 20000 Arbeitnehmer Anmeldungen für Kurzarbeit vorliegen. Ökonomen rechnen in den nächsten Monaten mit einer Zuspitzung der Beschäftigungslage. **Wirtschaft — 37**

Anzeige

 **FERIEN Post**



→ Das kompletteste
Ferienangebot
aus einer Hand

→ **Frühbuchrabatte** für
Buchungen bis 1.6.15

Lauter Vorteile!
www.ferienpost.ch

Editorial

Christa Markwalder ist als höchste Schweizerin ungeeignet

Sie ist eine der begabtesten und bekanntesten Politikerinnen der FDP. Obwohl isoliert mit ihrer EU-euphorischen Einstellung – sie ist heute wohl eine der wenigen Politikerinnen, die sofort der EU beitreten würden, wenn sie denn könnte –, war Christa Markwalder bis Anfang letzter Woche völlig unbestrittene Kandidatin für das Präsidium des Nationalrats und damit designiert als höchste Schweizerin 2016. Doch nun ist alles anders. Aus einer Vielzahl von Dokumenten, die im fernen Kasachstan ins Netz gestellt wurden, geht hervor, dass sich Markwalder von der kasachischen Regierung instrumentalisiert liess. Anfänglich sah es danach aus, dass es vorwiegend um Imagefragen ging. Das diktatorische Land will sich ein demokratisches Mäntelchen geben und liess die nach eigenen Angaben «naive» Politikerin über Fragen an den Bundesrat sein Ansehen aufpolieren. So weit, so gut, denn die Fragen und auch die Antworten konnte jedermann ein-

sehen. Man war geneigt, zu glauben, Markwalder sei einfach auf eine geschickte Lobbyistin hereingefallen.

«Es ging um handfeste materielle Interessen, nicht um Menschenrechte»

Anders ist ihr Verhalten in der Aussenpolitischen Kommission zu beurteilen. Dort stellte Markwalder die Fragen, um die es wirklich geht. Sie erkundigte sich ganz unverblümt beim Aussenministerium nach

dem Stand des Verfahrens der Bundesanwaltschaft gegen Wiktor Chrapunow, einem schwerreichen kasachischen Oppositionellen, der seit 2007 in Genf lebt. Ein Verfahren, das der kasachische Staat angestrebt hat, und bei dem es letztlich um Hunderte von Millionen Franken geht. Sie fragte gleich auch noch nach, ob denn Kasachstan, gleich wie Tschechien in einem anderen Fall, als Privatkläger auftreten dürfe. Diese Fragen wurden direkt von den Kasachen redigiert.

Eine gelernte Juristin, und das ist Markwalder, müsste merken, dass es dabei nicht um Menschenrechte geht, wie sie angeblich glaubte, sondern um ganz handfeste finanzielle Interessen und um den Versuch, sich in einem Strafprozess Vorteile zu verschaffen. Auch der erfolgte Hinweis des Aussendepartements, dass in der Schweiz die Gewaltentrennung gilt, ist für eine Juristin und Parlamentarierin peinlich. Dass sie aber die Antworten an eine Lobbyistin weitergibt, obwohl eigentlich das Kommissionsgeheimnis gilt, ist möglicherweise sogar illegal. Als Vizepräsidentin des Büros des Nationalrats, das sich exakt mit diesen Fragen beschäftigt, weiss sie das ganz genau.

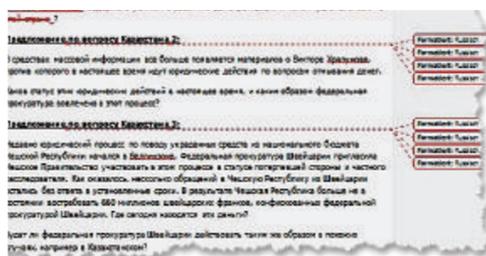
Wenn sie im Herbst wiedergewählt wird, will sich Markwalder zur höchsten Schweizerin ausrufen lassen. Meiner Ansicht nach geht das nicht, mindestens so lange nicht, bis lückenlos geklärt ist, was in dieser Affäre genau geschehen ist, und wie es die Politikerin mit dem Respekt vor unseren staatlichen Organen hält.

Arthur Rutishauser, Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 64
Rätsel — 59
Ferien und Reisen — 70
Marktplatz — 70
Impressum — 23
Immobilien Kauf — 46
Immobilien Miete — 47
Kino — 68
Veranstaltungen — 68
Bildung und Kurse — 70



Peruaschew korrigiert Markwalders Fragen für die Kommission



Russische Übersetzung der Antworten im Originaldokument

Adrian Schulthess

Bern Das Mail ist ganz knapp gehalten. «Ich sende Ihnen die Übersetzungen der Antworten auf die Anfragen der Nationalrats-Vizepräsidentin Christa Markwalder. Dmitry.» Der Absender verschickte das im Original auf Russisch gehaltene Mail von seiner Büroadresse beim Tabakgiganten Philip Morris International aus. Empfänger ist Asat Peruaschew, Chef der kasachischen Partei Ak Schol. Mit «Markwalder» ist Christa Markwalder, 39, gemeint, FDP-Nationalrätin und designierte Nationalratspräsidentin 2016.

Die an das Mail gehängten Dateien sind brisant: Vier der fünf Dateien sind Übersetzungen von Dokumenten aus dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA). Schriftliche Antworten auf Anfragen Markwalders, die sie am 19. und 20. August 2013 in der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats gestellt hat. Solche Dokumente unterstehen in der Regel dem Kommissionsgeheimnis. Sie sind nicht für die Öffentlichkeit, geschweige denn für andere Staaten bestimmt.

Das Mail vom November 2013 gehört zu einem Fundus an Nachrichten, die Unbekannte ins Internet gestellt haben. Es handelt sich um ein Abbild eines Mailkontos Peruaschews.

Markwalder gibt Weitergabe zu: «Aus heutiger Sicht ein Fehler»

Gegenüber der Sonntagszeitung gab Christa Markwalder gestern zu, die Antworten weitergereicht zu haben. «Ich wollte mich im Interesse der Schweiz für gute Beziehungen mit Kasachstan einsetzen. Wer mir damit nun schaden will, entzieht sich meiner Kenntnis», schreibt Markwalder. Aber sie räumt ein, mit Marie-Louise Baumann, der Lobbyistin im Dienste Peruaschews, die Antworten des EDA geteilt zu haben. Die, so Markwalder, «weder brisant noch als vertraulich» klassifiziert waren. «Dass sie [Baumann, die Red.] diese tel quel nach Kasachstan weiter-

geleitet hat, ist enttäuschend und höchst unprofessionell. Sinn und Zweck des Kommissionsgeheimnisses ist es, die Debatte zu schützen, und diese thematischen Fragen wurden in der Kommission nicht einmal debattiert!»

Aus heutiger Sicht sei «diese Zusammenarbeit» mit Baumann aber «ein Fehler» gewesen, sagt Markwalder, «und ich würde nicht mehr so handeln».

Auch Antwort zum Stand im Verfahren Wiktor Chrapunow

APK-Präsident Carlo Sommaruga will sich nicht zu den konkreten Papieren äussern. Er erklärt jedoch auf Anfrage: «Jegliche Antworten auf Fragen aus der Kommission unterliegen dem Kommissionsgeheimnis.» Ob sie schriftlich oder mündlich erteilt werden, macht laut dem Genfer SP-Nationalrat keinen Unterschied.

Markwalder argumentiert, dass «gemäss Parlamentskollegen Antworten auf thematische Fragen oft geteilt» würden, die rechtliche Regelung sei «unklar». Felix Gutzwiller, FDP-Kollege und Präsident der ständerätlichen APK, habe ihr gegenüber von einem «Graubereich» gesprochen.

Eine der vier Kommissionsantworten in kasachischen Händen dreht sich um die Korruptionsbekämpfung in Tschechien, eine andere um die politische Situation in Bosnien. Zwei weitere haben direkt mit Kasachstan zu tun: Es geht um die Frage, wie die Schweiz die örtliche Demokratisierungsbestrebungen unterstützt. Und um den Verfahrensstand im Fall Wiktor Chrapunow, eines ehemaligen kasachischen Spitzenbeamten, der heute als Regimegegner im Genfer Exil lebt und ein Verfahren wegen Geldwäscherei am Hals hatte.

Die Antwort auf die letzte Frage formuliert der Übersetzer noch im vom EDA angelegten Originaldokument inklusive Briefkopf auf Russisch um. Sie fällt knapp aus. Der Bundesrat äussere seine Ansichten dazu nicht, verweise auf die Gewaltentrennung.

Ein Prinzip, das dem tatsächliche Fragesteller fremd sein dürfte.

Markwalder spielte Dokumente direkt der Lobbyistin zu

Die FDP-Politikerin und designierte Nationalratspräsidentin hat Informationen weitergegeben, die wohl dem Kommissionsgeheimnis unterstehen. Sie landeten beim kasachischen Politiker Peruaschew

Hinter den APK-Fragen steckt nicht die Berner Nationalrätin Markwalder, sondern der kasachische Politiker Asat Peruaschew. Im Westen tritt er als Oppositionspolitiker auf, in der Heimat gilt er als Marionette des Regimes. Die NZZ deckte diese Woche auf, dass er mithilfe der bei der PR-Firma Burson-Marsteller beschäftigten Marie-Louise Baumann Markwalder instrumentalisierte.

Für die Fragen, die Markwalder in der Kommission stellen sollte, griff Peruaschew persönlich in die Tasten. Dass die Schweizer Medien die Menschenrechtssituation in Ka-

schistan kritisierten, löschte er aus dem Dokument. Und ersetzte den Satz durch eine Würdigung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan. Ganz ähnlich säuberten die kasachischen Politiker bereits den Interpellationstext, den Markwalder schliesslich am 21. Juni 2013 eingereicht hatte.

In einem der im Internet veröffentlichten E-Mails vom 14. Juni 2013 findet sich dazu eine aufschlussreiche Passage: «Ich hatte eine weitere Diskussion mit Christa», schreibt Baumann dem Übersetzer Peruaschews. «Weil «Men-

Juso zeigen FDP-Politiker Müller wegen Kasachstan-Reise an

Gratis-Tour eines freisinnigen Nationalrats hat ein gerichtliches Nachspiel – auch Christa Markwalder muss mit einer Anzeige rechnen

Bern Der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller hat eine Anzeige wegen «Vorteilsannahme im Amt» am Hals. Die Jungsozialisten zeigen ihn bei der Bundesanwaltschaft an, weil sich Müller von der PR-Agentur Burson-Marsteller und deren Auftraggeber aus der kasachischen Partei Ak Schol zu einer Reise nach Kasachstan hat einladen lassen. Juso-Präsident Fabian Molina bestätigt, dass er die Anzeige nächste Woche einreichen werde.

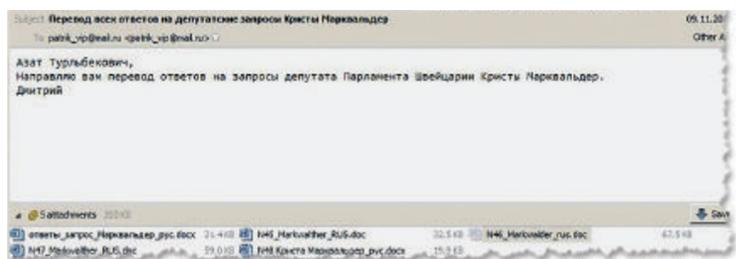
Die Reise mitgemacht hat auch der heutige SVP-Nationalrat und Sekretär der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan, Christian Miesch. Weil Miesch aber damals kein Parlamentarier war, richtet sich die Anzeige nur gegen Müller.

Die Bundesanwaltschaft (BA) hält den Verdacht auf Vorteilsannahme offensichtlich nicht für abwegig. Sobald die Anzeige einge-

he, so BA-Sprecher André Marty, «wird die Bundesanwaltschaft die Anzeige sorgfältig prüfen».

Der Vorteil, der dem Politiker gewährt wurde, ist denn auch nicht gering. Die Reise, die Müller und Miesch vom 18. bis 22. Mai 2014 in die kasachische Hauptstadt Astana geführt hat, kostete über 60 000 Franken. Doch für Müller und Miesch war der mehrtägige Ausflug kostenlos. Die Rechnung wurde gänzlich von Asat Peruaschew, dem Chef der regimennahen Ak-Schol-Partei bezahlt. Die beiden heutigen Nationalräte Müller und Miesch hatten am Ende nicht einmal die ursprünglich vereinbarte Kostenbeteiligung von 1000 Franken zu bezahlen. «Walter Müllers Gratisreise zu Autokraten in Kasachstan darf nicht ungestraft bleiben», begründet Fabian Molina sein Vorgehen.

FDP-Mann Müller hingegen sieht sich nicht als Schuldigen, sondern vielmehr als respektablen



E-Mail mit Übersetzungen der APK-Dokumente an Peruaschew

- Emission Television Rundschau the 10th April	2'000.00	2'000.00
- Div viewings		
- Analyzing		
- Clarifications concerning the lawyer of Krapunov		
- Div. Others clarifications		
- Clarifications relationship Sommaruga / Sommaruga		
- Several contacts		
- Administration		
Zwischensumme	2'000.00	2'000.00
Kleinspesenpauschale 4%	80.00	80.00

«Rundschau»-Rechnung von Lobbyistin Baumann an die Adresse von Peruaschew



FDP-Nationalrätin Christa Markwalder: Einsatz für gute Beziehungen zu Kasachstan
Foto: Keystone

schenrechte» ein etwas emotionales Wort ist, wenn wir es verwenden, hat sie zugestimmt, dass wir es rausnehmen!» Markwalder selber sagte diese Woche, sie habe nicht gewusst, dass der Begriff gestrichen werde.

Der schweizerisch-kasachische E-Mail-Verkehr erlaubt auch tiefere Einblicke in die sonst so klandestine Lobbyingbranche. «In der Politik ist es sehr schwierig, «niemals» oder «immer» zu sagen», umschreibt Marie-Louise Baumann einmal die Prinzipientreue von Schweizer Politikern. «Man kann sie nicht kontrollieren,

manchmal ändern sie sogar ihre Meinungen», schreibt sie. Und «entschuldigt» sich, keine «Garantien» abgeben zu können. Das akzeptiert auch ihr kasachischer Mail-Partner: «Danke für die gute Einschätzung der Parlamentarier. Es ist klar, dass Garantien nicht möglich sind. Aber es hilft Herrn Peruaschew, daheim in Kasachstan zu kommunizieren.»

Kosten von 2000 Franken für einen «Rundschau»-Beitrag

Auch Rechnungen finden sich in den E-Mails. Für die «Rundschau»-Ausgabe vom 10. April 2013 etwa,

in der ein Beitrag anlässlich des Besuchs von Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Kasachstan ausgestrahlt wurde, verrechnete Burson-Marsteller 2000 Franken plus Kleinspesenpauschale und Mehrwertsteuer.

SRF-Sprecher Stefan Wyss hat keine Erklärung für die Rechnung: «Die «Rundschau» hatte für diesen Beitrag keinen Kontakt zu Burson-Marsteller oder Frau Baumann.» Dies bestätigt Matthias Graf, CEO der PR-Firma: «Burson-Marsteller war nicht in die Entstehung dieser Beiträge involviert. Die Rechnungsstellung erfolgte für das

Reporting, Übersetzungen sowie erläuternde Berichte in Englisch zu den Beiträgen zuhanden des Kunden.»

Laut einem E-Mail bezahlte Peruaschew die Rechnungen aus der Schweiz mindestens einmal per Western Union. Dessen Übersetzer bat Marie-Louise Baumann, hohe Rechnungen doch «aus Steuerregulierungsgründen» auf «ungleiche Beträge unter 7000 Franken aufzusplitten».

Ist es üblich, dass Burson-Marsteller Kunden hilft, in der Heimat Steuern zu umgehen? «Nein, sicher nicht», sagt CEO Graf. «Wir haben

die Leistungen in diesem Mandat, wie unsere Abrechnungen zeigen, jeweils entsprechend dem laufenden Arbeitsfortschritt ausgestellt und dabei die Unterprojekte offen ausgewiesen. Dabei haben wir auch regelmässig Beträge über 7000 Franken fakturiert.»

Mail-Mittelsmann zwischen dem kasachischen Politiker Peruaschew und seinen Schweizer Lobbyisten war jeweils Dmitry, der Übersetzer. Er begleitete den Politiker auch in die Schweiz. Einen Besuch umriss er gegenüber seinem Chef vorab damit, dass man beim «Treffen» am Parlament

und am «Flüchtling» weiterarbeiten wolle. Damit dürfte er den Fall Wiktor Chrapunow gemeint haben.

Seinen eigentlichen Job verschwieg Dmitry bei seinen Besuchen in der Schweiz offenbar: «Nur ein kleines Detail zu meiner Teilnahme: Falls ich in Bern am Meeting dabei bin, sollte ich mich nur als Asats Kollege von der Nationalen Industriekammer vorstellen», schreibt er vor einem Treffen, das in London stattfinden sollte. «Keine Verbindungen zu Philip Morris!»

Mitarbeit: Denis von Burg

Politiker, der für die Interessen des Landes eintritt. Müller: «Von Vorteilnahme kann keine Rede sein. Im Gegenteil, ich habe meine Zeit für die Interessen der Schweiz eingesetzt.»

FDP muss mit zwei Problemen in die Wahlen ziehen

Die PR-Agentur Burson-Marsteller und ihre kasachischen Hintermänner haben auch Müllers Nationalrats- und Parteikollegin Christa Markwalder zur Herausgabe von vertraulichen Dokumenten aus der Aussenpolitischen Kommission angestiftet. Neben Müller muss auch Markwalder mit einer Anzeige rechnen, sollte sich in einer Untersuchung die Amtsgeheimnisverletzung bestätigen.

Damit hat auch die Partei der beiden Nationalräte ein Problem, die FDP. Ausgerechnet ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen vom 18. Oktober stehen zwei Frei-

sinnige wegen des Verdachts auf ein Fehlverhalten am Pranger.

Natürlich schlachten das die politischen Gegner genüsslich aus. Juso-Chef Molina, der im Herbst selbst in den Nationalrat einziehen will, meint, die FDP habe ein massives Problem mit Lobbyismus und Klientelismus. «Ich rate Parteichef Philipp Müller, damit aufzuräumen, sonst erhält er die Quittung an der Urne.» Und er frage sich, in welcher Beziehung die Freisinnigen zu Kasachstan stehen. «Denn es sind stets FDPler, die Kontakte zum dortigen Regime pflegen. Gehören etwa Kasachen zu den Sponsoren der FDP?»

Und er rät FDP-Politikerin Corina Eichenberger, der PR-Frau Marie-Louise Baumann ihre Zutrittsberechtigung zum Bundeshaus wegzunehmen. «Denn Baumann ist eine Gefahr für die Schweizer Politik.»

Pascal Tischhauser und Denis von Burg

«Fünfzig Prozent der parlamentarischen Vorstösse sind von Lobbyisten beeinflusst»

Ex-Diplomat Thomas Borer plädiert für Offenlegung in der Branche

Bern Der ehemalige Schweizer Botschafter Thomas Borer ist heute Inhaber eines Public-Affairs-Unternehmens und vertritt Mandanten aus Politik und Wirtschaft. Zu seinen Auftraggebern gehört auch Kasachstan.

Herr Borer, Sie kennen sich aus – wie häufig reden Lobbyisten bei Vorstössen von Parlamentariern mit?

Wenn man Lobbyismus umfassender definiert, also auch Vertreter von Branchenverbänden, NGOs, Gewerkschaften

und Grosskonzernen dazuzählt, sind heute rund fünfzig Prozent der parlamentarischen Vorstösse von Lobbyisten beeinflusst.

War das schon immer so?

Nein, das hat in den letzten Jahren eindeutig zugenommen.

Haben Sie dafür eine Erklärung?

Die Ansprüche an Politiker sind gestiegen. Je komplexer der zu behandelnde Sachver-



Lobbyist Thomas Borer

halt wird, desto mehr sind Politiker auf die Unterstützung von Lobbyisten angewiesen.

Sie können die Kritik am Einfluss der Lobbyisten also nicht nachvollziehen?

Überhaupt nicht. Lobbytätigkeit gehört zu unserer offenen demokratischen Gesellschaft.

Dazu gehört doch auch, dass die Bürger wissen, wie der Gesetzgebungsprozess abläuft.

Ich bin absolut für Transparenz und plädiere für eine völlige Offenlegung der Mandate und der Geldbeträge, wie es in Brüssel und Washington umgesetzt wird.

Reza Rafi